

## **ANTRAG**

**der Fraktion DIE LINKE**

### **Abschiebungen nach Afghanistan unverzüglich aussetzen**

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. das Auswärtige Amt offiziell vor Reisen nach Afghanistan warnt.
2. auch deutsche Einrichtungen in Afghanistan von Anschlägen betroffen sind.
3. die Gefahr für Leib und Leben nicht nur für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in Afghanistan gilt, sondern auch für die einheimische Bevölkerung und insbesondere für afghanische Bürgerinnen und Bürger, die sich zu westlichen Kulturwerten bekennen.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Abschiebungen nach Afghanistan solange auszusetzen, bis das Land als sicher einzustufen ist.

**Simone Oldenburg und Fraktion**

**Begründung:**

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist weiterhin katastrophal. Das Auswärtige Amt warnt vor Reisen und gab in diesem Zusammenhang am 19.01.2017 folgende Mitteilung heraus:

„Wer dennoch reist, muss sich der Gefährdung durch terroristisch oder kriminell motivierte Gewaltakte bewusst sein. Auch bei von professionellen Reiseveranstaltern organisierten Einzel- oder Gruppenreisen besteht unverminderte Gefahr, Opfer einer Gewalttat zu werden. ... Der Aufenthalt in weiten Teilen des Landes bleibt gefährlich. Jeder längerfristige Aufenthalt ist mit zusätzlichen Risiken behaftet. ... In ganz Afghanistan besteht ein hohes Risiko, Opfer einer Entführung oder eines Gewaltverbrechens zu werden. Landesweit kann es zu Attentaten, Überfällen, Entführungen und andere Gewaltverbrechen kommen. ...“

Zudem kam es am 10.11.2016 zu einem Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat in Masar-e Scharif.

Schließlich spricht jüngste Bericht des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR im Auftrag des Bundesinnenministeriums vom Dezember 2016 davon, dass das gesamte Staatsgebiet von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt betroffen ist und sich die Sicherheitslage seit April 2016 „insgesamt nochmals deutlich verschlechtert“ habe.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, aufgrund der akuten Sicherheitslage Abschiebungen nach Afghanistan unverzüglich auszusetzen.